

# Auswertung für das Jahr 2022

für die dokumentierten Vorfälle der Berliner Register



Herausgegeben im März 2023  
von der Koordinierung der Berliner Register

Die Koordinierung der Berliner Register ist ein Projekt in Trägerschaft der pad gGmbH.



Die Berliner Register erhalten Fördermittel des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung.



# Einleitung

Das Jahr 2022 näherte sich aus der Perspektive der Registerstellen in der Zusammensetzung und Menge der Vorfälle dem Niveau vor der Corona-Pandemie an. Das bedeutet, dass mit der Aufhebung der Corona-Maßnahmen der Protest auf der Straße weniger wurde und Vorfälle, die damit in Zusammenhang standen, abnahmen. So wurden bestimmte Zusammenhänge, die während des Lockdowns 2021 aufgetreten waren, wie die Verschiebung von Angriffen in Wohngebiete oder das starke Aufkommen von Propaganda, die den Nationalsozialismus verharmloste, im Jahr 2022 seltener dokumentiert.

Gegner\*innen der Corona-Maßnahmen hatten sich 2021 immer tiefer in Verschwörungsideologien verstrickt. Aus ihrer Sicht dienten die Politik, die Wissenschaft, die Medien, die „Schlafschafe, einem variierenden höheren Ziel. Dass die Maßnahmen jemals auslaufen würden und dass dies bereits zum März 2022 passieren würde, hatte dieses Protestmilieu nicht erwartet.

Als Ende Februar 2022 der Krieg gegen die Ukraine ausbrach, wurde das Thema sofort in den sozialen Medien aufgegriffen, die schon während der Pandemie eine verschwörungsideologische Ausrichtung hatten. Das Thema Krieg in der Ukraine hatte jedoch nicht das Mobilisierungspotenzial, das die Anti-Corona-Maßnahmen bis zum Frühjahr 2022 entfaltet hatten. Diesen Eindruck geben die dokumentierten Registervorfälle für 2022 auch wieder.

Dass während des Lockdowns 2021 mehr Menschen in sozialen Netzwerken wie Twitter, Instagram oder TikTok aktiv wurden, hatte sich schon damals positiv auf die Sichtbarkeit von vulnerablen Gruppen und Minderheiten ausgewirkt. Zu Beginn der Pandemie waren es Hashtags wie #ichbinkeinvirus und später #blacklivesmatter, die deutlich machten, dass sich soziale Bewegungen online organisieren können. Im Jahr 2022 gab es nicht nur einzelne Debatten, sondern es sind Online-Netzwerke von Aktivist\*innen entstanden, die dazu führten, dass beispielsweise Schwarze, trans oder behinderte Menschen öffentlich sichtbar und hörbar geworden sind. Das wirkt sich auf das Leben auf der Straße aus, indem Menschen aus diesen Gruppen, die angegriffen werden, Solidarität erfahren. Diejenigen, die online sind sind nicht mehr so allein, wie vor der Pandemie. Damit wächst der Wunsch, sich dafür einzusetzen, dass in Zukunft andere Menschen nicht das gleiche Unrecht ertragen müssen. Auch diese Entwicklung spiegelt sich in den erfassten Registervorfällen.

Das Datenschutzproblem der Polizei, das bereits 2021 dafür sorgte, dass es keine Übermittlung von angezeigten Straftaten an zivilgesellschaftliche Dokumentationsstellen gab, setzte sich auch 2022 fort. Das betrifft auch parlamentarische Anfragen zum Thema

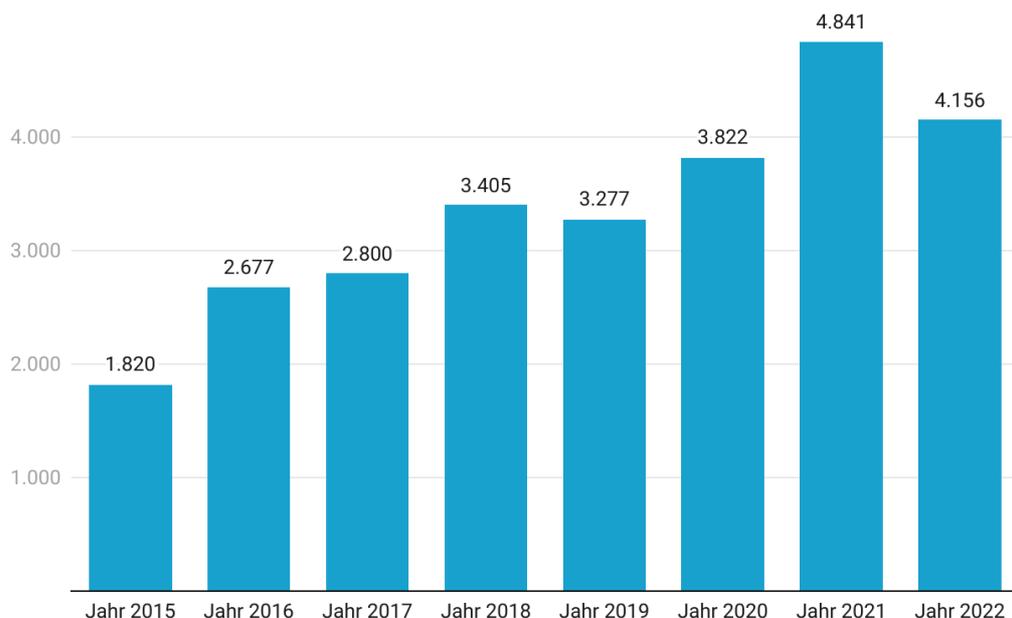
Hasskriminalität in Berlin, aus denen keine einzelnen Taten nachvollziehbar sein dürfen. Die einzigen Daten, die von Ermittlungsbehörden in die Dokumentation der Registerstellen für das Jahr 2022 einbezogen werden konnten, sind ungefähr 100 Pressemitteilungen der Berliner Polizei, der Bundespolizei und der Berliner Staatsanwaltschaft. Alle anderen ca. 4000 Vorfälle stammen aus zivilgesellschaftlichen Quellen.

Aus den erfassten Vorfällen für das Jahr 2022 wird außerdem deutlich, dass in Berlin nicht jede problematische Entwicklung stattfindet, die in anderen Bundesländern beobachtet wurde. In Berlin haben sich aus den „Spaziergängen“ von Maßnahmengegner\*innen auf bezirklicher Ebene nur wenige verschwörungsideologische Demonstrationen entwickelt. Das demonstrierende Spektrum hat sich nicht verfestigt, wie es in ostdeutschen Kleinstädten der Fall ist. Trotz hoher Zahl von Geflüchteten gab es keine rassistischen Mobilisierungen gegen die Unterkünfte und dementsprechend keine Angriffe auf die dort lebenden Menschen. Berlin ist eine offene Großstadt mit vielfältigen Bewohner\*innen. Es gibt viele Beratungsstellen und Dokumentationsstellen für diverse Themenfelder und Treffpunkte für Minderheiten und vulnerable Gruppen, die zu den Registerdaten beitragen. Das Zentrum der Stadt ist eine Bühne für überregionale politische Forderungen, die rege genutzt wird.

Die Ergebnisse der Dokumentation der Registerstellen in den vergangenen Jahren beinhaltete immer die Frage: Warum gab es einen Anstieg oder Rückgang in dieser oder jener Kategorie? Die Registerstellen haben gelernt, anhand der Vorfälle die Dynamiken in der Stadt zu interpretieren und besser zu verstehen. Auf der Basis der langjährigen Datenerhebung wirkt die Zusammensetzung der erfassten Vorfälle für das Jahr 2022 vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen sehr schlüssig.

## ***Überblick der Zahlen***

Im Jahr 2022 erfassten alle Berliner Registerstellen zusammen 4156 Vorfälle (2021: 4841). Das ist ein Rückgang von ca. 700 Vorfällen und 14 Prozent weniger gegenüber dem Vorjahr. Im Durchschnitt wurden pro Tag ca. 11 Vorfälle dokumentiert. Zum Entstehen der Dokumentation trägt ein stetig wachsendes Netzwerk von engagierten Anlaufstellen, Beratungsstellen, Einzelpersonen und Kooperationspartner\*innen bei. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS), ReachOut, Amaro Foro e.V. mit der Dokumentationsstelle für Antiziganismus (DOSTA), Each One Teach One (EOTO) mit dem EachOneMonitoring, Transaidency e.V. mit REDAR der Dokumentation antimuslimischer rassistischer Vorfälle, die Antidiskriminierungsberatung Alter & Behinderung, L-Support und Irmela Mensah-Schramm tragen dazu bei, dass das Dunkelfeld an Vorfällen kleiner wird.

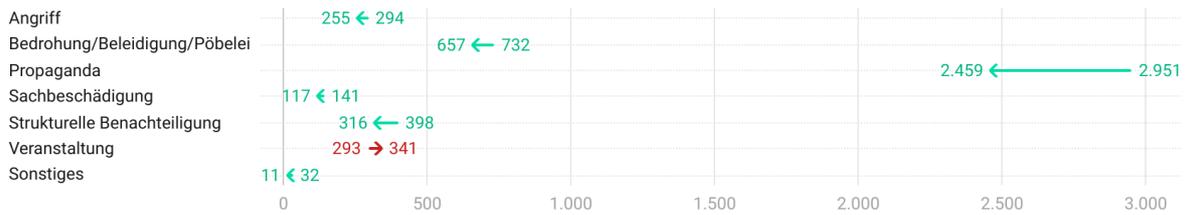


Erstellt mit Datawrapper

Die Frage, was zum Rückgang geführt hat, ist schnell beantwortet. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hatten 2020 und 2021 zu erheblichem Protest geführt. Propaganda mit antisemitischen Verschwörungsideologien, Vergleiche mit dem Nationalsozialismus und Demonstrationen unter Beteiligung extrem rechter Akteur\*innen hatten einen Anstieg der Vorfälle zur Folge. Im Frühjahr 2022 liefen fast alle Maßnahmen aus und damit veränderten sich die Proteste. Der Krieg in der Ukraine führte ab März 2022 zu neuen Vorfällen und war sofort Thema in verschwörungsideologischen Milieus. Obwohl die Zahl der Veranstaltungen anstieg, mobilisierte das Thema weniger Menschen als die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Die extreme Rechte war sich zudem nicht einig darüber, ob sie sich gegen die NATO oder pro Ukraine positionieren sollte. Diese Entwicklungen spiegeln sich in den dokumentierten Registervorfällen wieder.

Art	2018	2019	2020	2021	2022
Propaganda	1691	1658	2234	2951	2459
Angriff	309	390	372	294	255
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	899	594	632	732	657
Sachbeschädigung	68	92	85	141	117
Veranstaltung	317	346	291	293	341
BVV (ab 2022 abgeschafft)	46	23	15	-	-
Sonstige	75	174	46	32	11
Strukturelle Benachteiligung (2020 eingeführt)	-	-	147	398	316
<b>Summe</b>	<b>3405</b>	<b>3277</b>	<b>3822</b>	<b>4841</b>	<b>4156</b>

## Entwicklung der Vorfallsarten von 2021 nach 2022



Erstellt mit Datawrapper

Bis auf die Veranstaltungen, die von 293 im Jahr 2021 auf 341 im Jahr 2022 angestiegen sind, verzeichneten alle anderen Vorkalkategorien Rückgänge. Am deutlichsten war der Unterschied bei Propagandavorfällen zu sehen. Propaganda sind Aufkleber, Sprühereien, Flugblätter, Zeitungen und Veröffentlichungen im Internet. Sie sind mit 59% die größte Gruppe von Vorfällen und sanken um ca. 500 auf 2234.

Motiv	2018	2019	2020	2021	2022
Rechte Selbstdarstellung	499	323	495	776	808
Wahlkampf (2021 abgeschafft)	-	93	3	-	-
NS-Verharmlosung und -Verherrlichung	382	353	619	720	655
Rassismus	1355	1337	1306	1428	1132
Politische Gegner*innen	242	266	383	563	407
Antisemitismus	787	598	774	1043	810
LGBTIQ*-Feindlichkeit	109	222	169	198	239
Behindertenfeindlichkeit und Sozialchauvinismus	22	85	73	87	78
Sonstige (2019 abgeschafft)	9	-	-	-	-
Antifeminismus (2021 eingeführt)	-	-	-	26	27
<b>Summe</b>	<b>3405</b>	<b>3277</b>	<b>3822</b>	<b>4841</b>	<b>4156</b>

## Entwicklung der Motive von allen Vorfällen 2021 zu 2022



Erstellt mit Datawrapper

Die Motive der Vorfälle sind dort rückläufig, wo es im Zuge der Corona-Pandemie auffällige Zuwächse gegeben hatte – Antisemitismus, NS-Verharmlosung, politische Gegner\*innen. Nur LGBTIQ\*-Feindlichkeit und die rechte Selbstdarstellung sind angestiegen. Die größte inhaltliche Kategorie ist Rassismus. Dort sind die Zahlen von 1482 im Jahr 2021 auf 1132 im Jahr 2022 gesunken. Die Hälfte dieses Rückgangs an rassistischen Vorfällen ist im Bereich Propaganda zu verzeichnen.

## Auswertung nach Arten von Vorfällen

Alle erfassten Vorfälle können nach unterschiedlichen Kriterien ausgewertet werden. In den vergangenen Jahren waren dies entweder Vergleiche zwischen den Bezirken, die inhaltliche Zuordnung von Vorfällen oder die Arten von Vorfällen. Je nachdem, wo die Unterschiede zum Vorjahr besonders sichtbar werden, intensiviert sich die Auswertung und Analyse. Für das Jahr 2022 sind es die Vorfällearten, die am aufschlussreichsten sind.

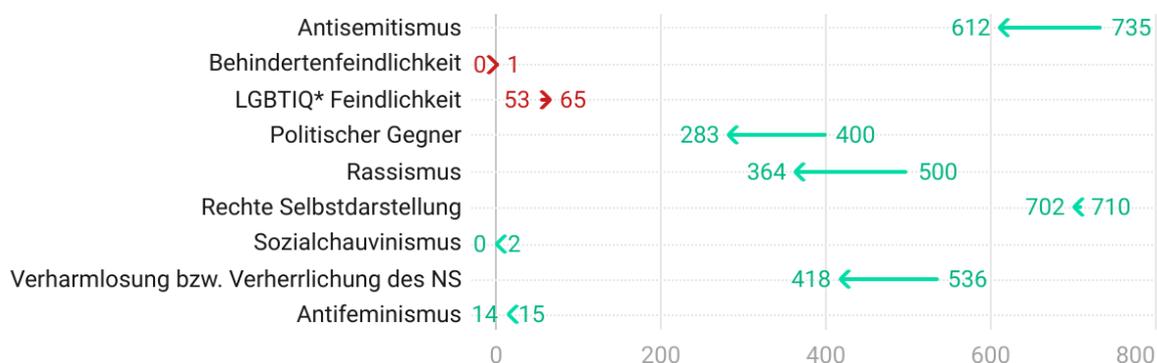
Im folgenden Abschnitt werden die Arten nach der Anzahl der Vorfälle betrachtet.

Propaganda bildet dabei den Anfang und ist seit Bestehen der Register die Kategorie mit den meisten Vorfällen.

### Propaganda: Nachschub fehlt und Corona-Maßnahmen laufen aus

Die Zahl der Propagandafälle ist um ca. 500 Vorfälle von 2951 im Jahr 2021 auf 2459 im Jahr 2022 gesunken. Der überwiegende Teil dieser Vorfälle sind Aufkleber und Schmierereien wie Hakenkreuze, aber auch Flugblätter und Zeitungen extrem rechter Parteien, die in Briefkästen gesteckt werden. Die folgende Grafik zeigt die inhaltlichen Zuordnungen der Propagandavorfälle und wie diese sich von 2021 nach 2022 verändert haben.

### Entwicklung der Motive der Propaganda von 2021 zu 2022



Erstellt mit Datawrapper

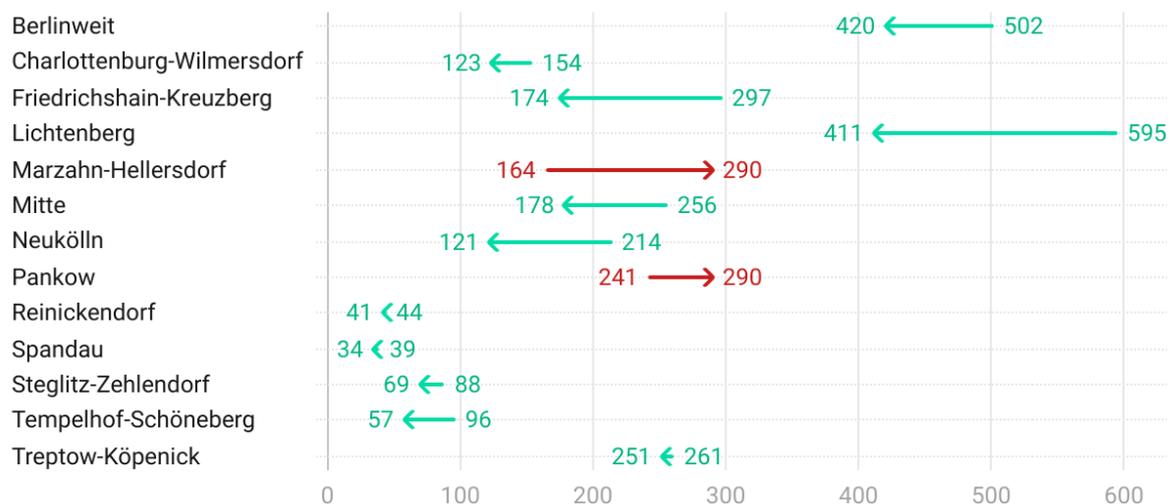
Es gibt zwei Gründe für den Rückgang an Propaganda. Der erste ist simpel: Gegen einen Online-Versand aus Halle (politaukleber.de), der Sympathisant\*innen und Mitglieder der

rechten Szene in den vergangenen Jahren massenhaft und niedrigschwellig mit Aufklebern versorgt, wurden strafrechtliche Schritte eingeleitet. Der Versand hatte beispielsweise Aufkleber mit dem Judenstern und der Aufschrift „ungeimpft“ vertrieben. Dort hatten vor allem Menschen Aufkleber bestellt, die nicht in extrem rechten Gruppierungen organisiert waren. Der Versand existiert nun nicht mehr, der Nachschub fehlt. Von dort kamen besonders viele rassistische Motive. Der Rückgang rassistischer Propaganda um 136 Vorfälle erklärt die Hälfte des Rückgangs aller rassistischen Vorfälle in Berlin.

Der zweite wesentliche Grund für den Rückgang der Propaganda ist das Auslaufen der Corona-Pandemie. Damit gehen die Motive des Jahres 2021 zurück: Antisemitismus, politischer Gegner und NS-Verharmlosung weisen jeweils 110-120 Propagandafälle weniger auf.

Dass die rechte Selbstdarstellung auf gleichem Niveau wie im Vorjahr geblieben ist, liegt größtenteils an Aktivitäten der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“, die die Hälfte dieser Vorfälle ausmachen. „Der III. Weg“ ist keine Partei im herkömmlichen Sinn, die in Berlin zu Wahlen antritt. Unter ihrem Dach haben sich Neonazis zusammengefunden, die in den vorhergehenden Jahren in kameradschaftsähnlichen Gruppierungen oder der NPD aktiv waren. Sucht man nach den Aktionsgebieten von Neonazis in Berlin, muss man nur den Aktivitäten des „III. Wegs“ folgen und landet, wenig überraschend, in den Ostberliner Randbezirken und Neukölln.

## Entwicklung der Propagandavorfälle in den Bezirken von 2021 zu 2022



Erstellt mit Datawrapper

In der bezirklichen Verteilung der Propagandavorfälle sieht man den stärksten Rückgang von ca. 180 Vorfällen in Lichtenberg. Trotzdem bleibt Lichtenberg der Bezirk mit den meisten Propagandavorfällen. Dort ist das Netzwerk an Personen, die Vorfälle melden, groß und sehr zuverlässig. Manchmal ziehen Melder\*innen von Vorfällen innerhalb Berlins um und das

kann Effekte auf die Zahl der dokumentierten Vorfälle haben. In Lichtenberg ist dieser Grund für den Rückgang auszuschließen. Hier ist der Rückgang größtenteils auf den fehlenden Nachschub des Online-Versands zurückzuführen. Die gleiche Ursache erklärt auch den Rückgang in Friedrichshain-Kreuzberg. Ganz konkret geht es um die Region um den Boxhagener Platz. Dort waren 2021 noch 157 Propagandavorfälle erfasst worden, 2022 waren es nur noch 66.

## Veranstaltungen steigen auf Vor-Corona-Niveau

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Veranstaltungen um ca. 50 Vorfälle gestiegen (2022: 341; 2021: 294), aber damit ist nicht die Zahl der Teilnehmer\*innen angestiegen. Bei einem erheblichen Teil handelt es sich um wöchentlich stattfindende Kundgebungen des Reichsbürgerspektrums im Berliner Bezirk Mitte, die zwischen 10 und 25 Teilnehmer\*innen schwanken. Vor der Corona-Pandemie waren es ebenso viele Kleinstkundgebungen aus diesem Spektrum, die damals noch überwiegend rassistische Inhalte hatten. Die folgende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der inhaltlichen Ausrichtung aller Veranstaltungen.

## Inhalte der Veranstaltungen 2015 - 2022

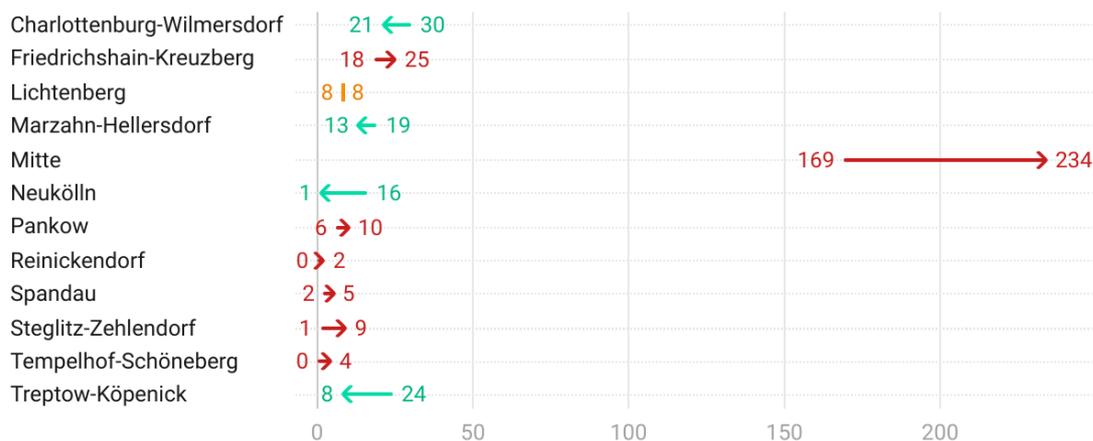


Erstellt mit Datawrapper

Rassistische Veranstaltungen erreichten demnach 2015 und 2019 ihre jeweiligen Höhepunkte. Waren es 2015 noch Mobilisierungen gegen die Unterkünfte von Geflüchteten in den Ostberliner Randbezirken, so konzentrierten sich 2019 die rassistischen Veranstaltungen auf den Bezirk Mitte. Schon damals waren es sehr viele Kundgebungen mit unter 50 Teilnehmer\*innen, die die Gesamtzahl der Veranstaltungen in die Höhe trieben.

Mit dem Aufkommen der Corona-Pandemie war ein Anstieg der NS-verharmlosenden Veranstaltungen zu sehen. Im Jahr 2020 entwickelte sich in rasender Geschwindigkeit ein Protestmilieu aus Esoteriker\*innen und unterschiedlichen Strömungen der extremen Rechten, das im Verlauf der Pandemie immer stärkeren Zulauf bekamen. Ihnen folgten Impfskeptiker\*innen und Maskenverweiger\*innen, die die Pandemie für eine Verschwörung hielten. Fake-News in sozialen Netzwerken, die Mobilisierung über Telegram und eine antisemitische Grundhaltung befeuerten die Proteste. Die Zahl der Teilnehmer\*innen stieg. Zu Beginn des Jahres 2022 stand die Frage im Raum, was mit diesem Personenpotenzial, das sich in Verschwörungsideologien verfangen hatte, passieren würde, wenn die Pandemie ausläuft. Nun haben wir erste Antworten darauf. Ein Teil, der vor der Pandemie bereits dem Reichsbürgerspektrum zuzuordnen war, ist Verschwörungsmythen treu geblieben. Die Inhalte der Veranstaltungen reichten von Q-Anon über Rassismus, von Coronaleugnung bis zur Verbreitung russischer Propaganda. Oft wurden alle Themen gleichzeitig bespielt. Personen, die 2020 und 2021 die Sorge geteilt hatten, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wären nur ein Vorwand, um demokratische Grundrechte dauerhaft einzuschränken, protestierten 2022 kaum noch. Es kamen jedoch neue Personengruppen zu den Verschwörungsgläubigen hinzu: Menschen aus der Friedensbewegung und aus linken Strömungen, die traditionell anti-imperialistisch, anti-kapitalistisch und anti-amerikanisch eingestellt sind. NS-Vergleiche blieben an der Tagesordnung und stiegen an.

## Entwicklung der Veranstaltungen von 2021 zu 2022



Erstellt mit Datawrapper

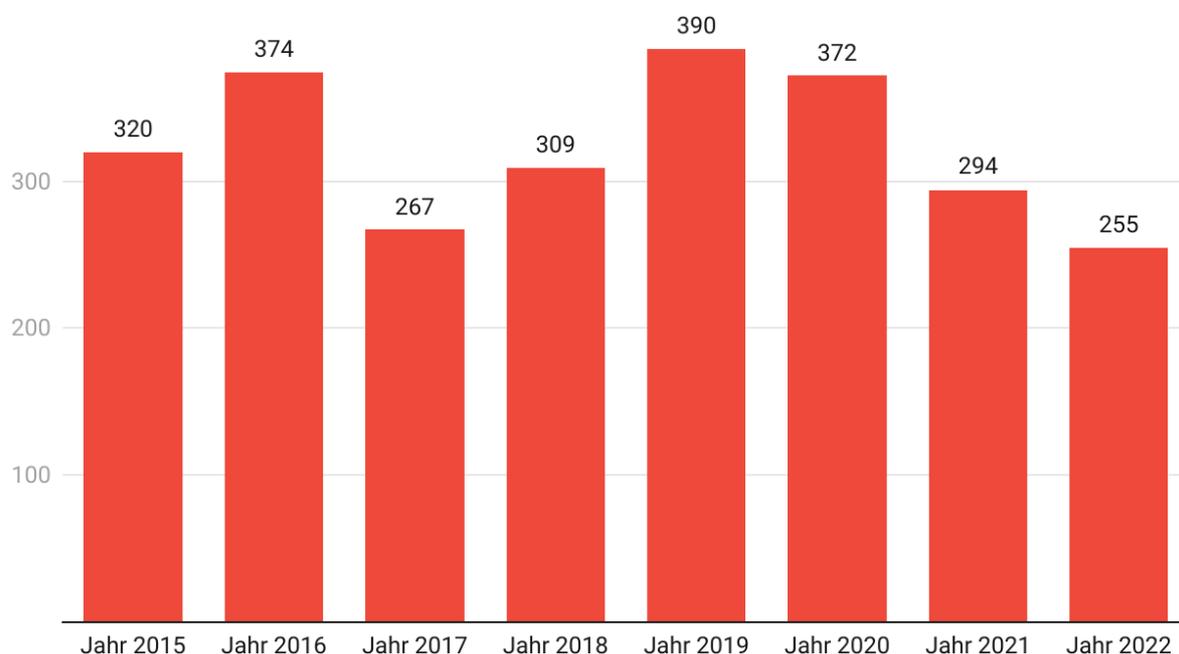
Die Zahl der Demonstrationen und Kundgebungen im Bezirk Mitte ist deutlich höher als in jedem anderen Bezirk. Dort basiert der Anstieg auf wöchentlich stattfindenden Kleinstkundgebungen u.a. von Reichsbürger\*innen. Der Rückgang von 16 auf eine Veranstaltung in Neukölln hat seine Ursache darin, dass Demonstrationen vorsorglich

untersagt wurden, die den Nahost-Konflikt zum Thema hatten. In den vorhergehenden Jahren war es während dieser Veranstaltungen und in deren Umfeld vermehrt zu antisemitischen Straftaten gekommen.

### ***Angriffe sinken – Informationen der Ermittlungsbehörden fehlen***

Die Zahl der gewalttätigen Vorfälle ist um 39 Vorfälle gesunken (2022: 255; 2021: 294). Der Rückgang hat seine Ursache in fehlenden Informationen von den Ermittlungsbehörden. Der Anteil an Angriffen, die 2022 aus zivilgesellschaftlichen Quellen stammten, hat sich gegenüber dem Vorjahr 2021 leicht erhöht.

### **Zahl der Gewalttaten von 2015 bis 2022**

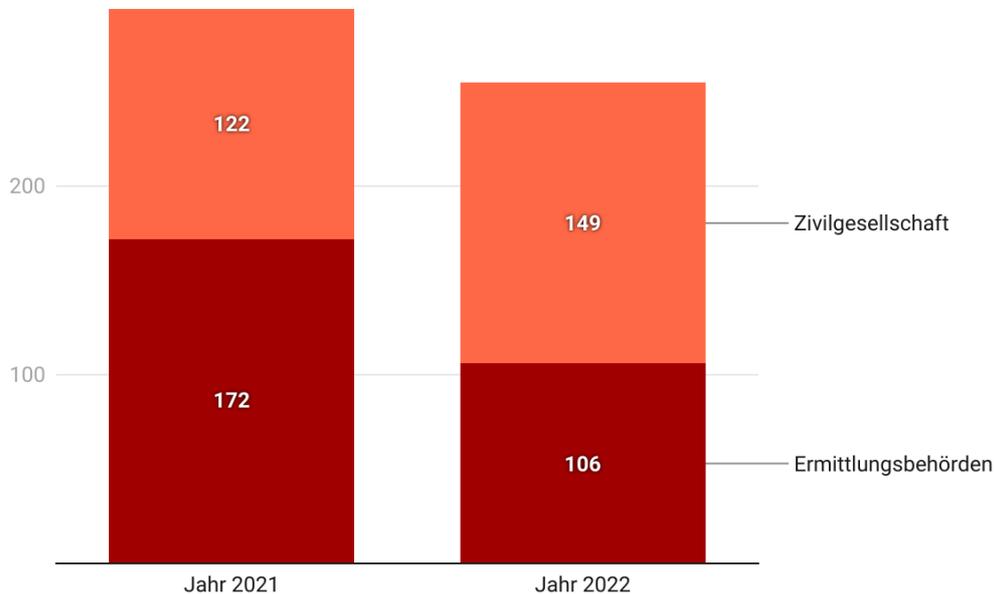


Erstellt mit Datawrapper

Was 2021 schon zu einem Rückgang der Zahlen von Gewaltvorfällen geführt hat, gilt auch für das Jahr 2022. Im Jahr 2021 stellte der Datenschutzbeauftragte der Berliner Staatsanwaltschaft fest, dass Informationen zu Straftaten, aus denen eine Identifizierung der Tat möglich sei, nicht an Dritte weitergegeben werden dürften. Das bedeutet, dass keine Tatorte, keine Tattage oder Tatbeschreibungen als Listen weitergegeben werden dürfen. Dies gilt für zivilgesellschaftliche Dokumentationsstellen ebenso wie für parlamentarische Anfragen. Ohne diese Angaben ist es für die Registerstellen nicht mehr möglich zu prüfen, ob eine Gewalttat bereits in der Dokumentation erfasst wurde oder nicht. 2021 wurden im 1.Quartal noch parlamentarische Anfragen so beantwortet, dass ein Abgleich möglich war. Aus diesen parlamentarischen Anfragen stammten im Jahr 2021 noch 41 Angriffe, die für 2022 gänzlich fehlen. Auch bei den Pressemeldungen der Polizei im Themenfeld Hassgewalt

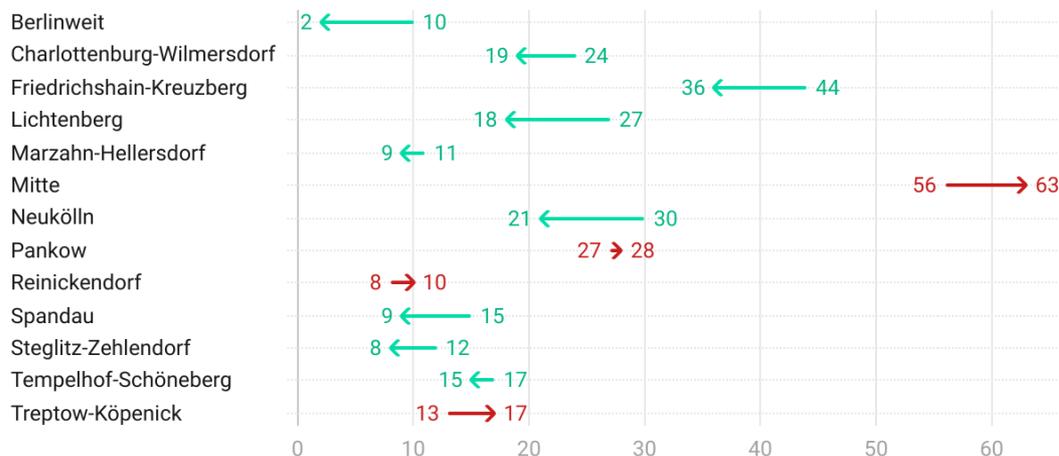
sank die Zahl der Veröffentlichungen. Die folgende Grafik verdeutlicht das Verhältnis von Meldungen der Ermittlungsbehörden im Vergleich zu zivilgesellschaftlichen Quellen.

## Quellen der Gewalttaten 2021 und 2022



Erstellt mit Datawrapper

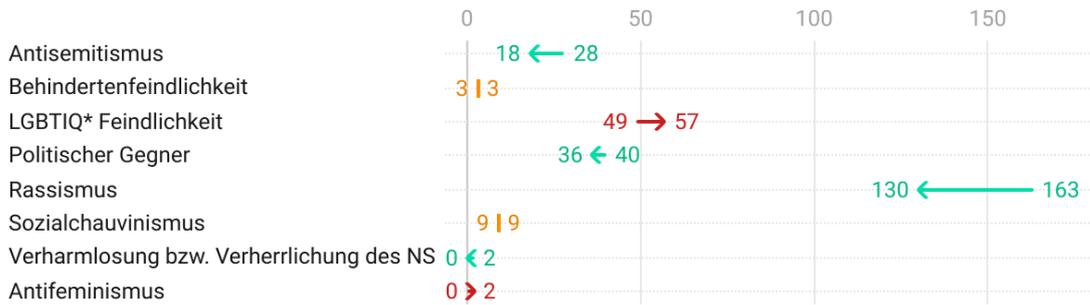
## Angriffszahlen in den Bezirken 2021 und 2022



Erstellt mit Datawrapper

Die Unterschiede in der Zahl der Angriffe in den Bezirken sind auf die mangelnden Informationen zurückzuführen. Die Verteilung innerhalb der Stadt hat sich nicht stark verändert. Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg führen weiterhin die Statistik an, weil in diesen beiden Innenstadtbezirken viele Menschen aufeinandertreffen und dadurch mehr Gelegenheiten für Gewalttaten entstehen. In 13 Fällen wurden im Bezirk Mitte Journalist\*innen im Rahmen ihrer Berichterstattung bei Demonstrationen angegriffen. Gewalt gegen Pressevertreter\*innen ist nicht neu und wird insbesondere im verschwörungsideologischen Milieu durch den Mythos von der „Lügenpresse“ befeuert.

## Inhaltliche Zuordnung der Angriffe 2021 und 2022



Erstellt mit Datawrapper

Die Motive hinter den Gewalttaten unterscheiden sich nicht stark vom Vorjahr. Der Rückgang ist bei rassistischen Taten zu sehen, bei denen vor allem die Informationen der Polizei fehlen. Antisemitische Angriffe wurden ebenfalls weniger erfasst. Die Ursache ist hier eine andere. 2021 waren am Rande von Demonstrationen zum Nahost-Konflikt einige Gewaltdelikte erfasst worden, diese wurden 2022 unterbunden, da die Demonstrationen verboten wurden.

## Rückgang antisemitischer Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien

Die Bedrohungen und Beleidigungen sanken um 75 Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr. Sie sind mit 657 Vorfällen nach Propaganda die zweitstärkste Art von Vorfällen.

## Entwicklung der Motive von Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien 2021 und 2022



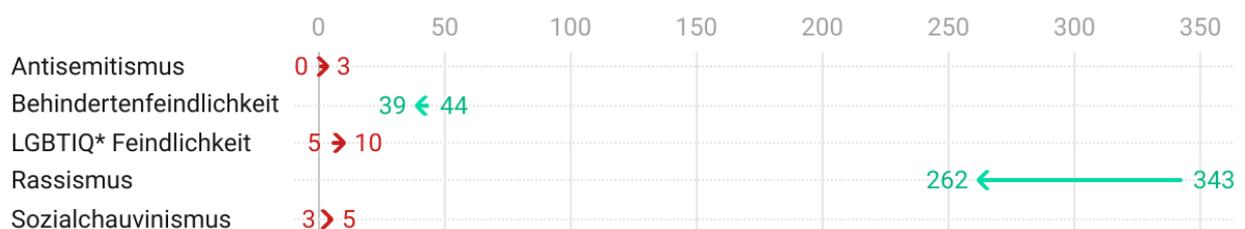
Erstellt mit Datawrapper

Aus der Verteilung der Motive wird schnell deutlich, dass der Rückgang auf antisemitische Vorfälle zurückzuführen ist. Bezirke, in denen zwischen 10 und 30 antisemitische Beleidigungen und Bedrohungen weniger erfasst wurden, waren Mitte, Neukölln und der Online-Bereich. Weniger Veranstaltungen zum Nahost-Konflikt und das Auslaufen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, sind die Hintergründe, die in dieser Kategorie zu niedrigeren Zahlen führten.

## Zahl struktureller Benachteiligungen sinkt – weniger Meldungen aus Beratungsstellen

Die Zuversicht der vergangenen zwei Jahre, dass das Dunkelfeld mit dem Bekanntheitsgrad von Dokumentationsstellen kleiner wird, wurde für das Jahr 2022 gedämpft. Die Zahl der erfassten strukturellen Benachteiligungen nahm von 389 im Jahr 2021 auf 316 Vorfälle im Jahr 2022 ab. Diese Meldungen stammten in den vorhergehenden Jahren überwiegend aus Antidiskriminierungsberatungsstellen und spezifischen Dokumentationsstellen, die Antiziganismus, anti-Schwarzen und anti-muslimischen Rassismus erfassen. Der Rückgang von ca. 80 Fällen verteilt sich nicht gleichmäßig auf die Themenfelder, sondern konzentriert sich allein auf den Bereich Rassismus. Im Abgleich mit den Dokumentationsstellen gab es kein Defizit im Vergleich zum Vorjahr, aber einige Beratungsstellen, die 2021 Vorfälle übermittelt hatten, taten dies 2022 nicht.

### Inhaltliche Zuordnung der strukturellen Benachteiligungen



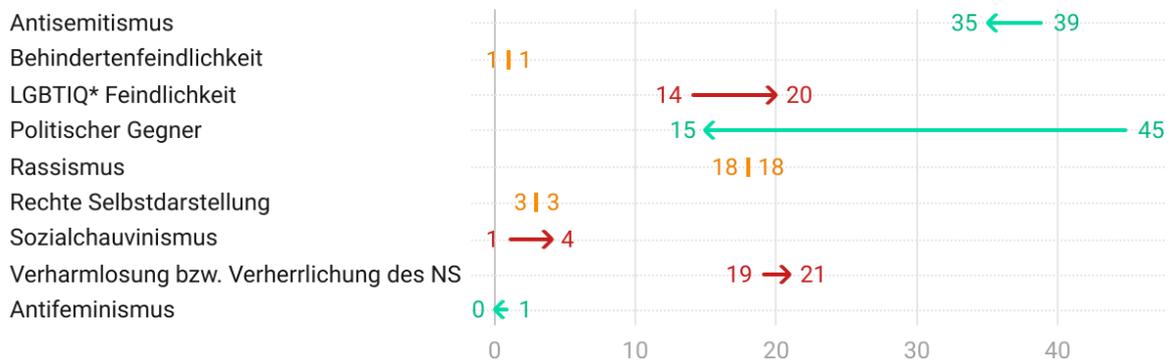
Erstellt mit Datawrapper

Eine der Ursachen ist die Belastung der Beratungsstellen durch den Zuzug von Geflüchteten aus der Ukraine nach Berlin. Beratungsstellen sowie andere Sozialarbeitende waren im Alltag am Limit, weil sie existenzielle Probleme der Zugezogenen bearbeiteten. Die Palette der Themen betrafen Unterkunft und Wohnraum, Schulbesuch, Arbeitssuche und Aufenthaltsbescheinigungen. Die Beratungsstellen, die auch ohne den Zuzug Geflüchteter häufig unterbesetzt sind, hatten kaum Ressourcen, um der Dokumentation der Registerstellen zuzuarbeiten. Für das Jahr 2022 muss von einem großen Dunkelfeld an struktureller Benachteiligung, die einen rassistischen Hintergrund hatte, ausgegangen werden. Denn ehrenamtliche Helfer\*innen und Sozialarbeiter\*innen, die am Hauptbahnhof oder am Landesamt für Flüchtlinge (LAF) eingesetzt waren oder sich engagierten, berichteten den Kolleg\*innen der Registerstellen von diversen Diskriminierungen, die Schwarze Geflüchtete und Rom\*nja aus der Ukraine betrafen. Diese wurden nicht als Vorfälle gemeldet, sondern während der Gespräche beschrieben. Auch Fälle von Racial-Profiling wurden weniger gemeldet.

## Kein Wahlkampfjahr – weniger Sachbeschädigungen

Die Sachbeschädigungen sind die kleinste Kategorie in der Art der Vorfälle. Sie sanken um 24 Vorfälle auf 114 im Jahr 2022. Der Rückgang im Vergleich zum Jahr 2021 ist darauf zurückzuführen, dass 2022 kein Wahlkampf stattgefunden hat. Im „Superwahljahr“ 2021 waren während des Wahlkampfs diverse Wahlplakate beschädigt worden. Auch Parteibüros, häufig die der Grünen, wurden zur Zielscheibe.

## Motive von Sachbeschädigungen 2021 und 2022



Erstellt mit Datawrapper

Antisemitische Sachbeschädigungen blieben auf dem Niveau des Vorjahres. 2022 wurden ebenso wie in den Vorjahren Stolpersteine, Gedenkort für ermordete Jüd\*innen und jüdische Einrichtungen und Symbole im öffentlichen Raum beschädigt.

## Ukraine-Krieg als Thema in Vorfällen

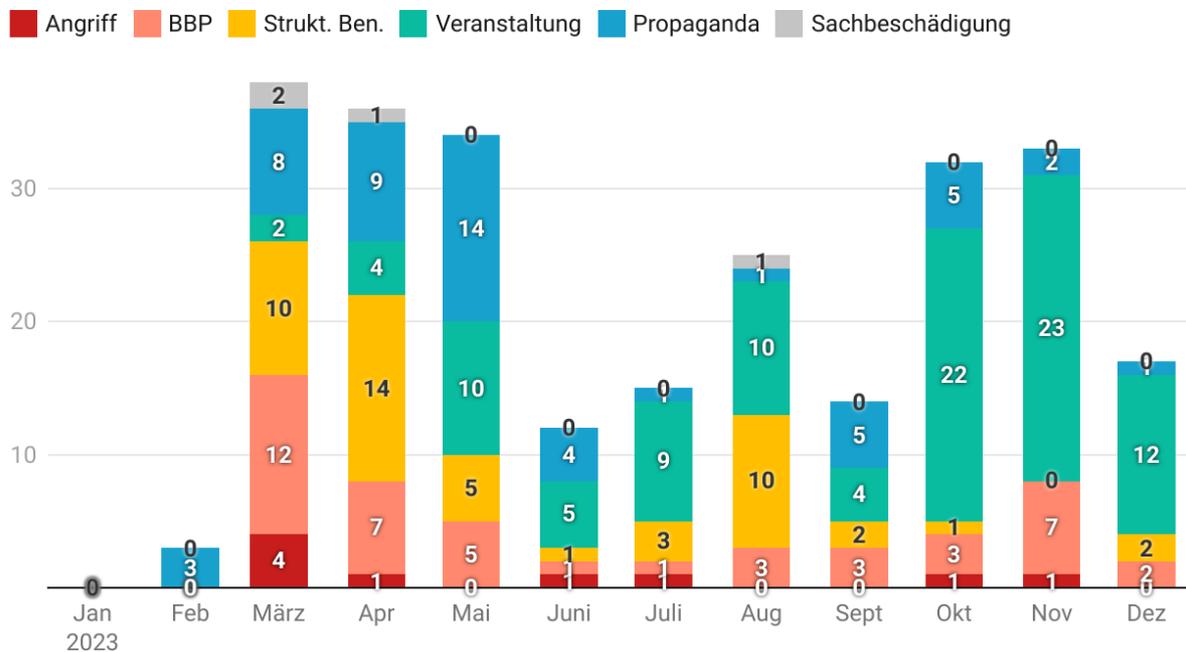
Ende Februar begann der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Dass der Krieg Thema in den Registervorfällen sein würde, war unmittelbar absehbar. Kanäle und Profile in den sozialen Netzwerken, die verschwörungsideologisch ausgerichtet waren und zuvor Desinformationen in Bezug auf die Corona-Pandemie verbreitet hatten, griffen den Krieg schnell als Thema auf.

Die gezielten Falschmeldungen, die ab März 2022 die sozialen Netzwerke überfluteten, waren vor allem pro russisch. So wurde unterstellt, der Krieg sei Teil einer „jüdischen Weltverschwörung“, politische Entscheidungsträger\*innen wollten mit dem Krieg von Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen ablenken oder die Menschen in der Ukraine seien Faschist\*innen, die bekämpft werden müssten.

Die Bedeutung des Informationskriegs im Internet wächst mit jedem Tag, an dem sich Menschen ausschließlich in sozialen Netzwerken ihre Meinung bilden. Ob Desinformation aus Russland, Verschwörungsmymen oder Kampagnen der extremen Rechten gegen

Minderheiten, sie alle haben Effekte auf die Meinungsbildung der Öffentlichkeit. Wie sie das Verhalten im Alltag zu beeinflussen, können wir anhand der Registervorfälle messen.

## Verteilung der Vorfälle mit Ukraine-Bezug im Jahr 2022

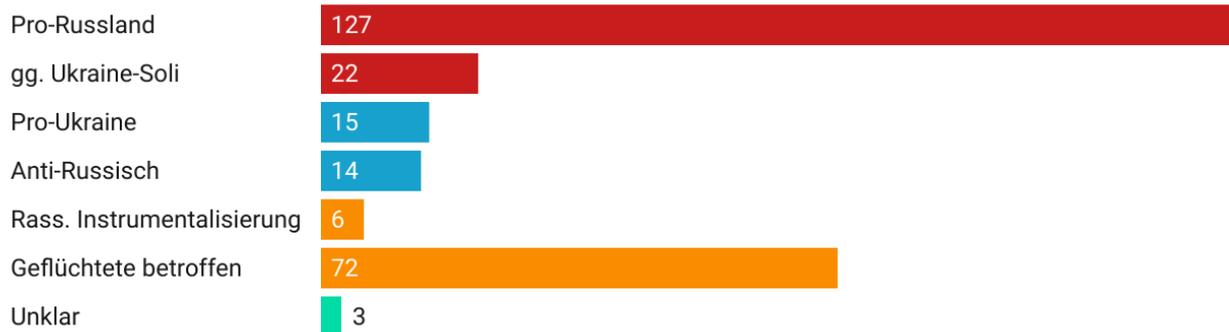


Erstellt mit Datawrapper

Für das Jahr 2022 wurden 259 Vorfälle dokumentiert, in denen der Krieg in der Ukraine im Vordergrund stand. Schwerpunkt dieser Vorfälle waren Veranstaltungen, die den Nationalsozialismus verharmlosten sowie Fälle von Diskriminierung, die Schwarze Menschen und Rom\*nja betrafen, die aus der Ukraine geflüchtet sind und Propagandavorfälle, in denen Akteur\*innen der extremen Rechten auf den Krieg Bezug nahmen – entweder pro Ukraine oder pro Russland.

Die zeitliche Verteilung zeigt, dass die strukturellen Benachteiligungen mit der Ankunft der Geflüchteten im März und April und später im August ihre Höhepunkte erreichten. Die dokumentierten Veranstaltungen setzten sich aus unterschiedlichen Spektren zusammen und waren ausnahmslos pro-russisch. Verschwörungsideologen und sogenannte Reichsbürger\*innen vermischten sich mit Aktivist\*innen der Friedensbewegung und einigen Linken, deren Fundament eine antisemitische Kapitalismuskritik bildet. Die extreme Rechte hatte keine einheitliche Position zum Krieg gegen die Ukraine. „Der III. Weg“ positionierte sich für die Ukraine, das Compact-Magazin blieb seiner Sympathie zu Russland treu.

## Inhalte der Vorfälle mit Ukraine-Bezug 2022



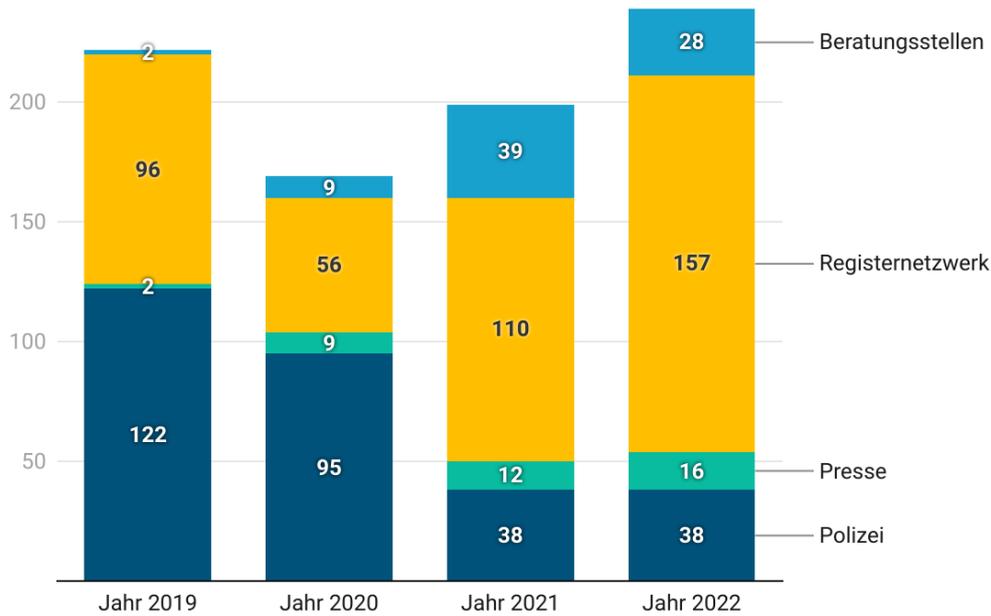
Erstellt mit Datawrapper

Der Krieg in der Ukraine mobilisierte im Jahr 2022 weniger Menschen zu verschwörungsideologischen Demonstrationen als die Corona-Maßnahmen in den Jahren 2020 und 2021 es vermochten. Im Frühjahr 2022 konnte man den Eindruck gewinnen, das Thema der Querdenker\*innen würde durch den Krieg ersetzt werden. Der Eindruck erhärtete sich nicht. Stattdessen sind diejenigen Protestierenden geblieben, die vor der Pandemie rassistische Veranstaltungen organisiert hatten, diejenigen bei denen sich der Verschwörungsglaube verfestigt hat und Menschen aus der Friedensbewegung sowie der Linken, die sich nicht von Reichsbürger\*innen und weiteren Akteur\*innen der extremen Rechten distanzieren.

### ***Anstieg transfeindlicher Vorfälle – Vom Netz auf die Straße***

Bis 2020 prägten Gewalttaten gegen schwule Männer, die bei der Polizei angezeigt worden sind, die Kategorie LGBTIQ\*-Feindlichkeit. In den vergangenen beiden Jahren 2021 und 2022 verstärkten die Registerstellen ihre Netzwerkarbeit mit Beratungsstellen, die zum Thema LGBTIQ\*-Feindlichkeit arbeiten und mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterschiedliche Zielgruppen der LGBTIQ\*-Community in Berlin erreichen.

## Quellen der LGBTIQ\*-feindlichen Vorfälle

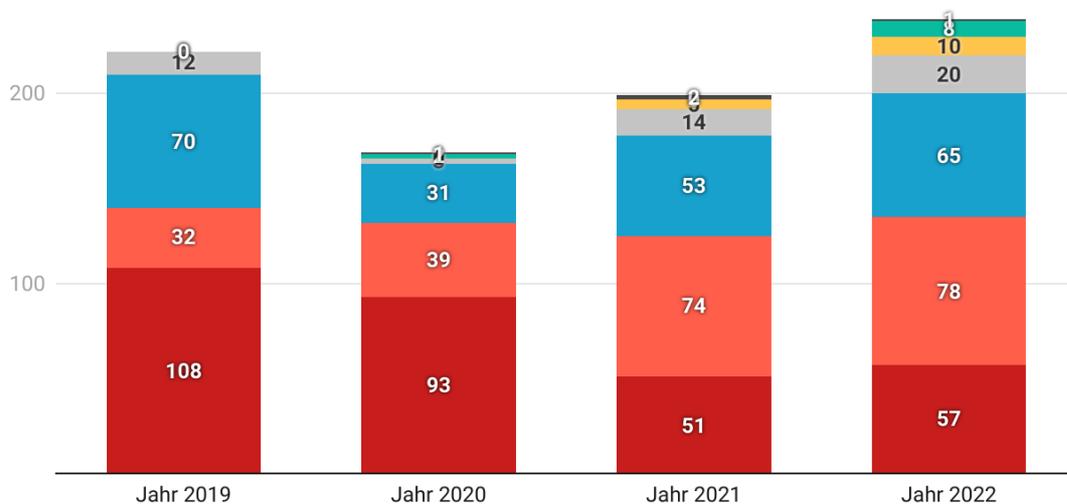


Erstellt mit Datawrapper

Dies führte dazu, dass trotz des Rückgangs von Meldungen der Polizei die Zahl der Vorfälle stieg. Im Jahr 2022 waren es 239 (2021: 199; 2020: 169; 2019: 222). Einzelpersonen, die ihre Beobachtungen oder Erlebnisse direkt an die Registerstellen meldeten, sowie Fälle der Beratungsstelle L-Support, machen den Anstieg aus.

## Arten von LGBTIQ\*-feindlichen Vorfällen

■ Angriff ■ Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleie ■ Propaganda ■ Sachbeschädigung  
■ Strukturelle Benachteiligung ■ Veranstaltung ■ Sonstiges



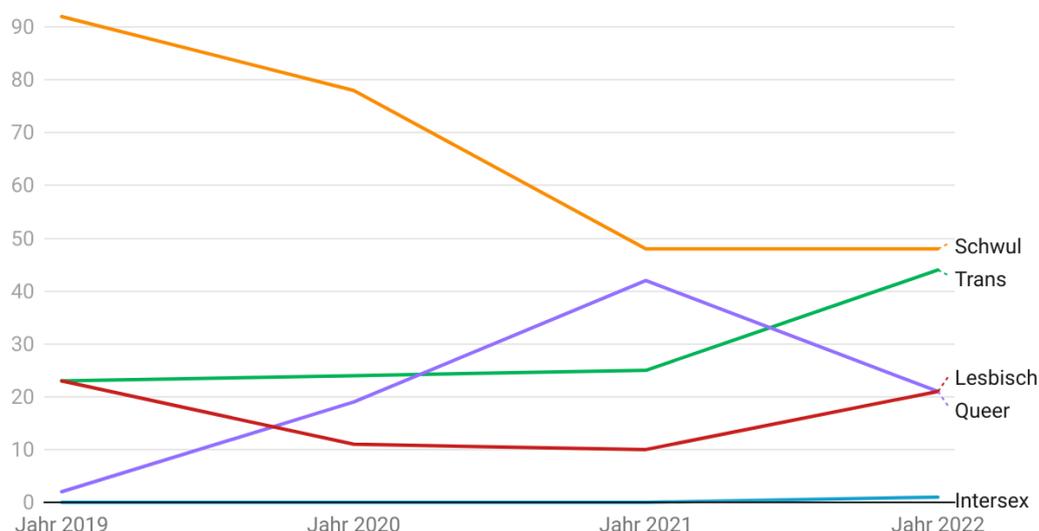
Erstellt mit Datawrapper

Im Jahr 2019 gab es weder Pandemie, noch behinderte der Datenschutz die Übermittlung von Daten der Polizei. Dementsprechend hoch war die Zahl der Vorfälle. Das Jahr 2020 war von der Pandemie und den Lockdowns geprägt. Bars und Clubs waren geschlossen, der

Christopher Street Day wurde nicht als Parade gefeiert. Angriffe auf LGBTIQ\*-Personen wurden nicht mehr in den Partykiezen, sondern in Wohngebieten der Stadt verübt. Durch den Rückzug ins Private gab es weniger Vorfälle auf der Straße. 2021 ist mit der Wiederaufnahme des öffentlichen Lebens ein Anstieg LGBTIQ\*-feindlicher Vorfälle zu beobachten, trotz des Fehlens der Daten der Polizei für die letzten drei Quartale. Die Vorfallszahlen von Beleidigungen und Bedrohungen stiegen durch die Meldungen von L-Support und von Einzelpersonen.

Auch die extreme Rechte, wie „Der III. Weg“, nutzte Queerfeindlichkeit in ihrer Propaganda. Hinzu kam, dass ähnlich dem Themenfeld Rassismus, die Pandemie dazu geführt hat, dass sich Betroffene in sozialen Netzwerken organisierten und dadurch an Öffentlichkeit und Sichtbarkeit gewannen sowie an Solidarität, wenn sie angegriffen wurden. Es gibt deutlich weniger sichtbare trans als beispielsweise schwule Menschen. Es gibt weniger Treffpunkte, weniger Beratungsangebote und kaum Clubs oder Partys, die sich ausschließlich an trans oder inter Menschen richten. Deshalb ist der Anstieg, der im Jahr 2022 zu beobachten war, so erstaunlich. Mittlerweile sind die Angriffe und die Beleidigungen und Bedrohungen gegen sie auf dem gleichen Niveau wie die gegen schwule Männer, und das bei deutlich weniger potenziell Betroffenen.

## Betroffene LGBTIQ\*-feindlicher Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen



Erstellt mit Datawrapper

Tödliche Attentate gegen queere Menschen gab es im Juni 2022 in Oslo, im Oktober in Bratislava und im November in Colorado Springs (USA). Auch der tödliche Angriff auf Malte C. im August 2022 bei der Parade des Christopher Street Day in Münster und die offene Hetze ultrakonservativer Politiker\*innen in den USA und Großbritannien versetzen die trans-Community in Angst und Sorge.

Die Abschaffung des Transsexuellengesetzes, das seit 1981 gilt, durch das geplante Selbstbestimmungsgesetz für trans- und intergeschlechtliche Menschen heizt auch in Deutschland die Gemüter an. Wertkonservative Akteur\*innen verbreiten Falschinformationen, um die Vorstellung das Geschlecht sei unveränderbar, weiterhin zu zementieren. Von der gesellschaftlichen Akzeptanz für homo- und bisexuelle Menschen profitieren trans und intergeschlechtliche Menschen aktuell noch nicht. Sie organisieren sich zunehmend, sind dadurch sichtbarer geworden, aber auch angreifbarer. Weil diese Gruppe von Menschen sehr klein ist, braucht sie die öffentliche Unterstützung aller, die den Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit in der diversen Gesellschaft falsch finden.

## **Bezirke**

Alle Registerstellen veröffentlichen zeitgleich zu dieser Auswertung die Ergebnisse für ihre Bezirke, deshalb wird hier nur kurz auf die lokalen Besonderheiten eingegangen. Die Auswertungen sind auf der Internetseite [www.berliner-register.de](http://www.berliner-register.de) zu finden.

Für **Charlottenburg-Wilmersdorf** wurden 234 Vorfälle erfasst (2021: 292). Der Rückgang betrifft vor allem die Propagandavorfälle (-31). Den Bezirk zeichnet aus, dass es hier sichtbar jüdisches Leben gibt. Im Gegensatz zum berlinweiten Rückgang ist die Zahl antisemitischer Vorfälle mit 47 so hoch geblieben wie 2021. Darunter sind 3 antisemitische Angriffe und 16 Beleidigungen und Bedrohungen.

**Friedrichshain-Kreuzberg** dokumentierte 326 Vorfälle (2021: 489). Hier ist es die Propaganda im Kiez um den Boxhagener Platz, die abgenommen hat aufgrund des fehlenden Nachschubs des bereits erwähnten extrem rechten Versandhandels aus Halle. Gleiches gilt für **Lichtenberg**, wo mit 534 Vorfällen 200 weniger als im Vorjahr aufgenommen wurden (2021: 732). Hier ist es die ebenfalls die Propaganda rückläufig. In Lichtenberg nahm die Zahl an Vorfällen zu, die sich gegen Kinder richteten – eine Entwicklung, die in anderen Bezirken nicht auftrat.

Der **Bezirk Marzahn-Hellersdorf** verzeichnete mit 365 Vorfällen den höchsten Anstieg im Vergleich zu allen anderen Bezirken. Die Ursache sind Propagandavorfälle, die durch den „III. Weg“ verursacht wurden. 180 Vorfälle im Bezirk gehen auf das Konto dieser „Partei“.

**Mitte** dokumentierte mit 758 Vorfällen ungefähr genauso viele im Jahr zuvor (2021: 744). Hier stieg die Zahl der Veranstaltungen auf das Niveau von vor der Corona-Pandemie an. Häufig waren es wöchentliche Kundgebungen von Reichsbürger\*innen mit einer durchschnittlichen Zahl von 20 Teilnehmenden.

In **Neukölln** sank die Zahl der Vorfälle erheblich auf 201 (2021: 354). Die rechte Szene, die sonst im Süden Neuköllns für Propaganda-Vorfälle verantwortlich gewesen ist, war weniger aktiv als in den Vorjahren. Ein weiterer Grund für den Rückgang sind die Verbote von

Demonstrationen zum Nahost-Konflikt, in deren Umfeld es in den Vorjahren zu antisemitischen Vorfällen gekommen war.

Der Bezirk **Pankow** ist einer der wenigen Bezirke, der mit 387 Vorfällen einen Anstieg verzeichnete (2021: 343). Dieser resultiert ähnlich wie in Marzahn-Hellersdorf aus Propagandavorfällen.

In **Reinickendorf** bleibt die Zahl der Vorfälle mit 102 auf niedrigem Niveau (2021: 97). Hier wurden mehr Vorfälle aus Schulen erfasst als in den vorhergehenden Jahren.

Im Bezirk **Spandau** ist es schwer, Aussagen zu treffen, da die Zahl von 80 dokumentierten Vorfällen sehr niedrig ist (2021: 97). Hier sind es die Meldungen aus Beratungsstellen und von Kooperationspartner\*innen, die zurückgingen.

Der Bezirk **Steglitz-Zehlendorf** liegt mit 109 Vorfällen unter der Zahl des Vorjahres (2021: 133). Dort macht die Propaganda zwei Drittel der Vorfälle aus. Die Aktivitäten des Abgeordneten Andreas Wild, der als Rechtsaußen innerhalb der AfD gilt, prägen die Zusammensetzung der Vorfälle.

In **Tempelhof-Schöneberg** wurden 120 Vorfälle dokumentiert (2021: 164). Der Rückgang ist auf einen Rückgang von Propagandavorfällen im Ortsteil Mariendorf zurückzuführen.

**Treptow-Köpenick** liegt mit 350 Vorfällen leicht unter der Zahl des Vorjahres (2021: 387). Dort hat die Zahl der Veranstaltungen, die sich gegen die Corona-Maßnahmen richteten, abgenommen.

Die **berlinweit** erfassten Vorfälle, die keinem Bezirk zuzuordnen waren, sind auf 590 gesunken (2021: 753). Darunter sind jedes Jahr mehrere Hundert antisemitische Vorfälle, die im Internet stattfinden. 2021 wurden die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen von der Presse begleitet und im Internet auf Youtube, Twitter und Facebook veröffentlicht. Es wurden nur die antisemitischen Kommentare erfasst, die sich an Einzelpersonen oder jüdische Organisationen richteten. Da 2022 weniger solcher Demonstrationen stattfanden, wurden weniger Videos im Internet veröffentlicht, unter denen Hass auf Jüd\*innen in den Kommentaren verbreitet wurde. Der Rückgang der Online-Vorfälle steht in indirektem Zusammenhang mit dem Auslaufen der Corona-Maßnahmen.

Die Berliner Register erfassen seit sechs Jahren in allen Bezirken Vorfälle. Seitdem hat sich viel verändert. Die Kategorien, in welche die Vorfälle eingeordnet werden, helfen dabei, zu verstehen, wie die Menschen in der Großstadt auf Wandel reagieren und wie sie selbst dazu beitragen. Die Vorfälle bilden Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten in unserer Gesellschaft ab, aber sie zeigen auch, dass sich der Kampf dagegen lohnt.

Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich langsam, die Dokumentation der Berliner Registerstellen begleitet und beschreibt ihn.